

Rezension: David Archard und Colin M. MacLeod (Hg.): *The Moral and Political Status of Children*

Reis, Marisa dos

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reis, M. d. (2012). Rezension: David Archard und Colin M. MacLeod (Hg.): *The Moral and Political Status of Children*. [Rezension des Buches *The Moral and Political Status of Children*, hrsg. von D. Archard, & C. M. MacLeod]. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 12(2), 71-74. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-327593>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

tracht ziehen, dass die Lebenszeit eines Menschen in aller Regel Jugend und Alter umfasst, dann ist die Ressourcenverteilung technisch gesehen nicht ungerecht, weil jeder einzelne zu einem gewissen Zeitpunkt bevorzugt werden wird. In diesem Sinne verfehlt Aldersons Argument für eine radikale Umgestaltung der Ressourcenverteilung zwischen Altersgruppen, um Generationengerechtigkeit zu erreichen, die eigentlichen Erfordernisse für wirkliche Gerechtigkeit. Keine dieser Problematiken stellt jedoch einen wirklichen Knackpunkt für das Buch dar. Das Schlüsselargument zugunsten eines besseren Verständnisses von Kindern und ihren Bedürfnissen büßt nichts an Überzeugungskraft ein, auch wenn das Maß ihrer

Teilhabe und Konsultation offen für Diskussionen bleibt. Die Stellen, an denen sich das Buch auf Thematiken der Generationengerechtigkeit konzentriert wie die Ressourcenversorgung in der nahen Zukunft, machen klar, dass es essentiell ist, Kindern ein Mitspracherecht bei Angelegenheiten zu geben, die ihre Gegenwart und Zukunftsaussichten direkt beeinflussen.

Young Children's Rights kann jedem empfohlen werden, der sich aktiv für das Thema der Kinderrechte interessiert. Es schneidet einen weitgehend vernachlässigten Themenbereich an – die Beschaffenheit und den Umfang der Rechte junger Kinder – dem dringend Beachtung geschenkt werden muss, und gibt

den Jüngsten und Verwundbarsten in unserer Gesellschaft eine Stimme. Aldersons Forderungen werden stichhaltig und wohlüberlegt dargelegt, und es gelingt ihr, ernsthafte Einwände gegen Kinder als Rechtsträger zu überlisten, indem sie ihren Erfahrungsschatz mit ihrer Forschung in dem Bereich verbindet. Damit erschafft sie ein Buch voller vernünftiger Ideen, das sowohl moralische Stärke als auch praktische Anwendbarkeit aufweist.

Priscilla Alderson (2008): Young Children's Rights. Exploring Beliefs, Principles and Practice. London/Philadelphia: Jessica Kingsley Publishers. Zweite Auflage. 231 Seiten. ISBN 978-1-84310-599-2. Preis: £19.99 / \$39.95.

David Archard und Colin M. MacLeod (Hg.): The Moral and Political Status of Children

Rezensiert von Marisa dos Reis

Die Fragen ‚Was ist ein ‚Kind‘?‘ oder ‚Welche Rechte haben Kinder?‘ sind noch weit davon entfernt, einhellig beantwortet zu werden. Vielmehr werden Kinder in aller Regel dadurch definiert, was sie nicht sind, als dadurch, was sie sind.

In dem Artikel *Children Under the Law* aus dem Jahr 1973 sprach sich Hillary Clinton (zu der Zeit Rechtsanwältin) für eine interessante Sicht aus: Kinderrechte waren ‚ein Schlagwort, das einer Definition bedürfte‘. Ihr Vorschlag sah vor, den legalen Status von Kindern als Minderjährige abzuschaffen und stattdessen sicherzustellen, dass die prozeduralen Rechte, die die Amerikanische Verfassung Erwachsenen verleiht, auch Kindern gewährt werden, wenn der Staat gegen sie verstößt. Ihrer Ansicht nach war die Definition eines ‚Minderjährigen‘ als ‚jeder unter 18 oder 21 Jahren‘ künstlich und berücksichtigte nicht die unterschiedlichen Kompetenz- und Reifegrade von Kindern verschiedenen Alters.

Mit einem sehr kreativen und überraschenden Zug argumentierte Clinton zugunsten der Einrichtung einer Art ‚Skala‘, anhand derer die Reife und Kompetenz von Kindern ‚graduell‘ anerkannt werden könnten.



Über 20 Jahre nach der Schaffung der UN-Kinderrechtskonvention, ist die Idee der Kinderrechte noch immer nicht klar definiert. Es gibt keine Definition oder Theorie bezüglich der Rechte von Kindern, die uneingeschränkt anerkannt ist.

Heutzutage sind Somalia und die Vereinigten Staaten die einzigen Länder, die die Konvention nicht ratifiziert haben. 2002 hat

die vorherige Übergangsregierung von Somalia das Übereinkommen zwar unterzeichnet, so wie auch die USA 1995 während Clintons Präsidentschaft, doch wurde es in keinem der beiden Länder ratifiziert. (Wie UNICEF jedoch letzten November bekannt gab, hat das somalische Ministerkabinett eingewilligt, die Konvention zu ratifizieren.) Damit ist dieses Übereinkommen der am meisten ratifizierte internationale Vertrag über die Menschenrechte; einzig die USA sind nicht Teil dieses Bündnisses.

In der Einleitung von *The Moral and Political Status of Children* aus dem Jahr 2002 erkennen die Herausgeber an, dass es bereits einen offenkundigen Trend dahingehend gibt, Kinder als eigene Individuen und als Gegenstand moralischer und politischer Theorie zu betrachten. In dem Buch machen sie deutlich, dass der sogenannte Status von Kindern nicht wirklich ihrem ‚moralischen oder politischen Status‘ entspricht. Es behandelt vielmehr die Frage, wie wir ein Kind definieren sollten (S. 13).

Sie argumentieren, dass die Definition eines Kindes nach zeitlichen Kriterien unangemessen erscheint. Ebenso scheint es unpassend, ein Kind zu definieren, indem man

sich auf seine fehlenden Fähigkeiten verglichen mit einem Erwachsenen bezieht, da manchen Erwachsenen die gleichen Fähigkeiten fehlen. Archard und MacLeod sprechen sich gegen die allgemein getroffene Unterscheidung zwischen ‚Kindheit‘ und ‚Erwachsenen‘ aus. Wir sollten präziser zwischen den Begriffen ‚Kleinkind‘, ‚junger Mensch‘, ‚Jugendlicher‘ und ‚Heranwachsender‘ unterscheiden, anstatt mit der Verwendung des Begriffs ‚Kindheit‘ auf alle Gruppen zugleich Bezug zu nehmen (S. 14). Der Sammelband gliedert sich in drei Teile, in denen die verschiedenen Dimensionen des Hauptthemas untersucht werden: *I. Kinder und Rechte; II. Eigenständigkeit und Bildung; III. Kinder, Familie und Gerechtigkeit*. Der erste Teil besteht aus fünf Artikeln über die Definition von Kinderrechten.

Eine interessante These wird von James Griffin im ersten Artikel *Do children have Rights?* vertreten, einem Beitrag zur umfangreichen Debatte über legale Rechte und Menschenrechte. Er spricht sich mit Zuversicht dafür aus, dass Kinder legale Rechte haben, stellt jedoch infrage, ob sie auch *Menschenrechte* haben (S. 19-21). Er beginnt damit, den Verletzlichkeitsstatus von Kindern mit Zygoten, Embryos, Föten, Tieren oder stark geistig behinderten Menschen zu vergleichen. Nach Griffin können Menschenrechte als Schutzschild für unsere menschliche Geltung, für unser ‚Menschsein‘ definiert werden. Menschsein kann definiert werden, indem wir das Konzept der ‚Handlungsmacht‘ analysieren. Ein Handelnder zu sein heißt, die Fähigkeit zu besitzen, Entscheidungen abzuwägen und zu treffen, die den Lauf des eigenen Lebens betreffen. Zudem argumentiert der Autor, dass ‚Menschsein‘ nicht die einzige Basis für Menschenrechte sein kann. Seine Erklärung, welche anderen Grundlagen in Betracht gezogen werden sollten, wenn wir uns auf Menschenrechte beziehen, bleibt jedoch unklar; so beschreibt er diese Grundlagen kurz als ‚die praktischen Dinge des Lebens‘ (S. 23-24).

Mit Bezug auf die Konvention identifiziert der Autor die Absicht dieser Gesetzgebung als Instrument zum Schutz verletzlicher Kinder. Er kommt zu der Schlussfolgerung, dass Kleinkinder keine ‚Menschenrechte‘ haben, wie auch stark geistig behinderte Menschen, aber dass sich im Allgemeinen die Gesellschaft selbst größere Verpflichtungen ihnen gegenüber auferlegt. Nichtsdestotrotz können viele Kinder, wenn auch nicht Kleinkinder, ‚Handlungsmacht‘ übernehmen. Aus diesem Grund ist Griffin damit einver-

standen, Kindern Rechte zu gewähren, da Menschenrechte Ansprüche sind, die Einzelne anderen gegenüber geltend machen können, einschließlich gegenüber ihrer Gesellschaft (S. 28).

Harry Brighouses Ansicht, die er in *What Rights (if any) do Children Have?* darlegt, weicht nicht wesentlich von Griffins Artikel ab. Er beginnt mit der Aussage, dass sich grundlegende Rechte aus liberaler Perspektive mit eigenständigen kompetenten Individuen befassen, sodass wir nicht annehmen können, dass sie für Kinder gelten. Allerdings, so argumentiert er, können Kindern legale Rechte gewährt werden. Er ist der Meinung, dass Kinder einzig und allein Wohlfahrtsrechte anstatt Handlungsrechte [agency rights] haben (S. 31-32). Und er geht noch weiter: Kindern fehlen nicht nur grundlegende Rechte; ihnen diese Art von Rechten zuzugestehen, würde vielmehr ihr Wohl riskieren (S. 32). Hier macht der Autor eine Ausnahme. So ist es akzeptabel, Kindern gewisse Handlungsrechte zu gewähren, aber nur soweit diese Rechte von denen Erwachsener abweichen, und wenn das Berechtigungsalter klar festgelegt ist. Dabei sollten ihre Wohlfahrtsrechte und ihre zukünftige Eigenständigkeit respektiert werden. Brighouse argumentiert, dass die Konvention diese zukünftige Eigenständigkeit von Kindern aufs Spiel setzt, indem sie jungen Kindern gewisse legale Handlungsrechte gewährt und gleichzeitig den Eltern zu viel effektive Kontrolle über die Entwicklung ihrer rationalen Fähigkeiten und über ihren Zugang zu Informationen gibt (S. 51-52). In dem Artikel *Children's Choices or Children's Interests: Which do their Rights Protect?* stellt Samantha Brennan auf intelligente Weise die Debatte zwischen der Entscheidungs- und der Interessentheorie der Rechte dar (S. 55-63). Wiederum findet sich der Vorschlag, die Konzeptionen von Rechten derart abzustufen, dass sowohl Entscheidungen als auch Interessen/Rechtsansprüche geschützt werden können. Sie setzt sich für einen ‚Kompromiss‘ zwischen zwei Modellen ein, nach dem die Rechte von Kindern anfangs dem Schutz ihrer Interessen dienen und mit ihrem Heranwachsen zu eigenständigen Entscheidern als Schutz ihrer eigenen, individuellen Entscheidungen fungieren. Diese Theorie ist direkt mit der von Neil MacCormick verbunden, der sich für die Versöhnung beider Theorien, der Entscheidungs- und Interessentheorie, einsetzte. Er verteidigte eine gemeinsame Grundlage für beide Sorten von Recht. Brennan ist sei-

ner Theorie zugeneigt, stimmt jedoch nicht mit MacCormick überein, wenn er glaubt, dass Rechte nicht nur Interessen, sondern ebenso Entscheidungen beschützen. Sie argumentiert, dass MacCormick keine Antwort zu dieser Rechtsgrundlage gibt. Sie vertritt die Auffassung, dass diese Rechte auf dem Schutz von Entscheidungen basieren, selbst wenn diese Entscheidungen dem Wohle des Entscheiders entgegen stehen. Für sie sind Kinder „angehende Entscheider“, die wie Erwachsene Rechte haben, nur von anderer Art (S. 63-67).

Von Barbara Arneil stammt der Artikel *Becoming versus Being: A Critical Analysis of the Child in Liberal Theory*. Die frühe liberale Theorie klassifiziert Kinder als potentielle rechtstragende Bürger: auf der einen Seite „halbe Wesen mit einem Körnchen Verstand“, auf der anderen Seite „die Negation ihrer zukünftigen erwachsenen Form“, da sie immer noch als irrationale Geschöpfe betrachtet werden. Die Definition von ‚Werden‘ leitet sich von der Vorstellung ab, Kinder als zukünftige Erwachsene zu sehen, nicht als bereits existierende unabhängige Menschen. Für John Locke wird das ‚Ergebnis‘ des ‚Werdens‘ der rationale Bürger oder der Grundbesitzer sein, fähig, Regeln zu begreifen sowie Obrigkeiten und den Staat zu akzeptieren (S. 71-74).

Mehrere Theorien zu Kinderrechten haben versucht, diese Betrachtungsweise in Abrede zu stellen, indem sie argumentieren, dass Kinder *Wesen* sind, die mit Rechten ausgestattet sind. Gegen Lockes Position, nach der nur der Vater etwas zu sagen hatte, müssen sich hier Staat und Gesellschaft für das Leben der Kinder engagieren und auch für sie sorgen. Ähnlich wie Brighouse kommt Arneil zu dem Schluss, dass eine mögliche Lösung eher die *Pflichten* gegenüber Kindern betonen sollte, als sich auf ihre *Rechte* zu konzentrieren, damit wir besser auf kindliche Interessen eingehen können (S. 75-86). Der Artikel ist recht deskriptiv, wenngleich von kohärenter Argumentation. Er trägt jedoch nicht viel zur Diskussion bei. Die aufgezeigte Lösung scheint weder kreativ, noch eine wirkliche Antwort auf die Frage zu sein. Sie öffnet eine zweite Tür zur Ethik, schließt aber nicht die erste zu den Rechten (S. 89-91). Die anderen drei Autoren dieses Kapitels hingegen schlagen einen praktischeren und interessanteren Weg ein, auch wenn die Artikel in einigen Fällen, wie bei Brighouse, nicht allzu viele Quellen oder eine gut ausgewogene Struktur aufweisen. Tatsächlich geht Brighouse in seinen Literaturangaben

kaum über Onora O'Neill, Robert Godin und Dianne Gibson hinaus.

Die Artikel von Griffin und Brennan weisen Klarheit und Tiefgang auf, bieten wahrhaftige Antworten und weisen auf relevante Quellen zu dem Thema hin.

Der zweite Teil des Buchs ist dem Versuch gewidmet, die progressive Eigenständigkeit, die Kinder beim Heranwachsen erlangen, ins Verhältnis zu setzen zur progressiven moralischen Entwicklung durch Bildung.

Robert Noggle beginnt das Kapitel mit einer sehr deutlichen Position: Die Zukunft von Kindern sollte nicht ganz und gar offen gelassen werden, indem ihre Gegenwart frei ist von Werten und religiösen Konzepten (S. 112-115). In *Special Agents: Children's autonomy and Parental Authority* sagt er, dass wir damit verhindern würden, dass Kinder von einem sogenannten "besonders Handelnden" [special agent] zu einem voll entwickelten, „zeitweise ausgeweitet moralisch Handelnden“ mit einem Sinn für moralischen Anstand fortschreiten können. Er beschreibt die Beziehung zwischen Kindern und ihren Eltern als eine auf Vertrauen beruhende, in der die Eltern unter einer Art Rawlschen „Schleier des Nichtwissens“ entscheiden sollten, wie sie das neue moralische Wesen aufziehen wollen (S. 97-100). Er ist der Ansicht, dass Kinder in ihrem frühen Stadium die moralischen Werte ihrer Familien übernehmen sollten, damit sie nicht ohne Prinzipien aufwachsen. Anderenfalls könnten wir einen „moralischen Psychopathen“ (S. 111) erwarten. Eltern können ihre Kinder allerdings nicht dazu zwingen, beim Heranwachsen an diesen Werten festzuhalten.

Die Idee, Rawls' Theorie auf die Erziehung von Kindern anzuwenden, ist nicht neu. Die Art, wie der Autor sie mit dem besonderen, auf Vertrauen beruhenden Verhältnis zwischen Eltern und Kindern in Beziehung setzt, ist jedoch sehr interessant und scheint das moralische Verhältnis zwischen beiden gut zu erklären. Noggle versteckt sich nicht hinter Scheinheiligkeit; er geht von der Annahme aus, dass Kinder in der Wahl ihrer moralischen und religiösen Werte nicht frei sind. Auf der anderen Seite ist es Eltern weder erlaubt, ihre eigenen Überzeugungen endlos *durchzusetzen*, noch, es auf intolerante, unvernünftige Art und Weise zu tun. Der zweite Artikel, *Autonomy, Child-Rearing, and Good Lives* von Eamonn Callan, versucht zu erklären, dass Eigenständigkeit eine notwendige Bedingung für ein ‚gutes Leben‘ ist, zumindest vom liberalen Stand-

punkt aus (S. 118). Was ein ‚gutes Leben‘ ist oder zu sein scheint, bleibt hingegen unklar. Demnach wäre *Eigenständigkeit* ein Instrument, das Handelnden hilft, ihre eigenen Entscheidungen gemäß ihrer eigenen Vorstellung von gut zu treffen (S. 119-121). Nichtsdestotrotz bricht die Instrumentaltheorie zusammen, wenn wir einmal anerkennen, dass Eigenständigkeit eine Tugend und nicht bloß ein instrumentelles, fades Ding ist. Deshalb versucht der Autor zu erklären, dass die Betonung von *Eigenständigkeit* als Instrument dazu führen könnte, dass unser Urteil über *Gutsein* versagt (S. 123). Callan argumentiert, dass wir nicht nur Eigenständigkeit erlangen müssen, sondern auch anerkennen müssen, wie wichtig es ist, dass wir unsere Fähigkeiten, mit denen wir uns eine Vorstellung von gut bilden, fördern müssen. Eigenständigkeit gehört eher zum Charakter, als dass sie ein bloßes Instrument ist. Aus Callans liberaler Sicht wird diese Aufgabe nicht unbedingt einfacher, wenn Kinder einer multikulturellen Umgebung ausgesetzt werden (S. 137-138).

David Archard entwickelt diese Problematik in seinem Artikel *Children, Multiculturalism and Education* weiter. Er versucht, die Balance, die zwischen den Einzel- oder Gruppeninteressen und dem Interesse von Kindern, eine Identität als Individuum zu erlangen (oder nicht), nötig ist, klarer darzustellen. So argumentiert er, dass es für eine Gruppe oder Familie legitim ist, ihre eigenen Werte an die Kinder weiterzugeben, und dass das Bestehen kultureller Vielfalt an sich nichts Schlechtes ist.

Es ist jedoch falsch, Kinder nur als Mittel zur Erfüllung der Wünsche der Eltern oder der Gruppe großzuziehen. Kinder müssen als zukünftige Erwachsene daran beteiligt sein, wie sie erzogen werden. Ein Kind aber als bloßes zukünftiges Gruppenmitglied zu erziehen, kann dazu beitragen, dass es in seinem Leben niemals andere Pfade beschreiten wird. Was bedeutet es dann, ein Recht auf eine ‚offene Zukunft‘ zu haben? Eltern haben das Recht, ihr Familienleben mit ihren Kindern in dem Maße zu *teilen*, dass sie lernen, die Werte der Gruppe zu teilen. Wie Noggle, so glaubt auch Archard, dass weder Eltern noch Gruppen das Recht haben, ihren Lebensstil der nächsten Generation aufzudrängen (S. 158-159).

Archard behauptet, dass Kinder die Belastung verkraften können, die entsteht, wenn sie den Unterschieden zwischen den Werten ihrer Familie und denen, die in der Gesellschaft existieren, ausgesetzt werden (S. 150-152).

Joe Colemans brillanter Artikel *Answering Susan: Liberalism, Civic Education and the Status of Younger Persons* beginnt mit einer hypothetischen Situation, in der Susan, ein 15-jähriges Mädchen der 10. Klasse, eine Reihe politischer Theoretiker anspricht, die Themen wie die Anforderungen des Liberalismus an eine bürgerlichen Erziehung debattieren. Coleman stellt fest, dass wenn jungen Kindern auf der einen Seite die Fähigkeit fehlt, ein Rawlsches Konzept des Guten zu verstehen, wir dann auf der anderen Seite nicht befürworten können, dass einem Jugendlichen kurz vor der Volljährigkeit auch die Möglichkeit dazu fehlt. Er befürwortet einen demokratischeren, eher teilnahmeorientierten Ansatz, nach dem Erzieher und Erzogene als gleich angesehen werden.

Der Autor weist auf einen sehr relevanten und trügerischen Aspekt der liberalen Theorie bezüglich *Bürgerschaft* und *Alter* hin (S. 163). Liberale akzeptieren eine Person als Bürger, wenn sie (in den meisten Ländern) das Alter von 18 Jahren erreicht. Der Status von Kindheit kann nicht durch ein beliebiges, künstliches Kriterium begrenzt werden (S. 170). Joe Colemans Artikel ist in der Tat einer der besten im ganzen Buch und verdient unser Lob. So kommt Coleman zu wichtigen Schlussfolgerungen, die er auf amüsante, aber ernsthafte Weise beschreibt. Hillel Steiner beginnt das dritte Kapitel des Buchs. Diese letzte Essaysammlung widmet sich Thematiken zur *Verteilungsgerechtigkeit*. In *Silver Spoons and Golden Genes: Talent Differentials and Distributive Justice* befasst er sich mit einigen polemischen – und immer noch aktuellen – ethischen Fragen. Steiner theorisiert darüber, was Menschen anderen geben oder von ihnen bekommen sollten. Er behauptet, dass diese Frage unter Berücksichtigung der eigenen Talente oder Fähigkeiten beantwortet werden sollte (S. 183). Dies ist wichtig, wenn wir uns mit der Erziehung von Kindern oder der Entwicklung ihrer Fähigkeiten beschäftigen. Der Autor möchte zeigen, wie Unterschiede in der natürlichen Begabung zu Ungleichheiten führen können (S. 184). Es wird gesagt, dass Kinder das Recht auf Ansprüche gegenüber Erwachsenen haben, denn diese sind verpflichtet, Kindern die nötige Umgebung zu schaffen, in der sie sich entwickeln können. Ist es möglich, dass Kinder ihren Eltern gegenüber den Anspruch auf besseres genetisches Erbgut erheben? Steiner argumentiert, dass Kinder das Recht beanspruchen könnten, nicht mit schlechten Genen

ausgestattet zu werden, solange die Veränderungen, die möglich gewesen wären, nicht die Identität der Person (des Kindes) verändern (S. 190).

Von einem milderen Standpunkt aus befürwortet Peter Vallentyne in *Equality and the Duties of Procreators*, dass die einzige besondere Pflicht, die Erzeuger ihren Kindern gegenüber haben, darin besteht, sicherzustellen, dass sie im Leben gute Perspektiven haben und dass sie nicht ihre Rechte missbrauchen (S. 195). Es ist möglich, dass Handelnde die moralische Pflicht haben, sich gegen Kinder zu entscheiden, wenn für ihren Nachwuchs schlechte Perspektiven bestehen (S. 199). Es gibt allerdings keine besondere Pflicht sicherzustellen, dass der Nachwuchs den bestmöglichen Lebensstandard genießt.

Colin MacLeods Artikel *Liberal Equality and the Affective Family* versucht, die liberale Theorie mit dem besonderen Status von Kindern zu versöhnen. Er erkennt an, dass die Liberalen der Rolle von Kindern oder ihrem Status wenig Beachtung geschenkt haben. Kinder sollten als vollständige, gleichberechtigte und individuelle Personen gesehen werden. Wenn die liberale Ideologie gewisse Ungleichheiten unter Erwachsenen zulässt, dann sollten diese Ungleichheiten nicht (oder nicht vollständig) auf Kinder projiziert werden (S. 219). Staatliche Maßnahmen könnten bei der Reduzierung dieser Ungleichheiten behilflich sein. Das Aufkommen gewisser Ungleichheiten unter Erwachsenen ist zwar annehmbar, wenn diese aus individuellen Entscheidungen in einer ursprünglichen Situation der Gleichheit resultieren, aber nicht, wenn sie sozialen oder natürlichen Zufälligkeiten geschuldet sind. Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass Ungleichheiten unter Kindern entstehen, weil sich Eltern mehr für ihre eigenen Kinder als die anderer interessieren. MacLeod hält es für möglich, diese ‚Nebeneffekte der Liebe‘ einzuschränken, indem eine Sozialpolitik verfolgt wird, die Eltern dazu bringt, sich unparteiisch über ihre eigenen Kinder zu äußern (S. 226-228).

Es fällt schwer zu verstehen, wie das in eine liberalen Gesellschaft möglich sein kann. Hierin besteht die einzige Schwäche seiner These; diese Position kann es kaum aufnehmen mit den liberalen Idealen der Auswahlmöglichkeit, der Freiheit und des Eigentums.

What Children Really Need: Towards a Critical Theory of Family Structure von Shelley Burtt handelt von der Familienstruktur

in den USA. In den 1990er Jahren wuchsen etwa die Hälfte aller neugeborenen Kinder bei Alleinerziehenden auf, was die Armutsrate ansteigen ließ (S. 231). Dieses Phänomen brachte die meisten Politiker und Wissenschaftler dazu, für die Rückkehr zum traditionellen Familienmodell zu werben, um das moralische und wirtschaftliche Versagen der Gesellschaft zu ‚verschleiern‘. (S. 232-234). Burtt ist der Meinung, dass es wichtiger ist, neue Politikleitlinien zu entwickeln, die den unterschiedlichen Familienentwürfen, die gegenwärtig existieren, gerecht werden. Sie spricht sich für eine ‚kritische Theorie zur Familienstruktur‘ aus, die die Bedürfnisse von Kindern erfasst, und gibt außerdem einige Hinweise dazu, wie diese Bedürfnisse im jeweiligen Familienmodell berücksichtigt werden können (S. 241-245).

Das Buch endet mit einem Artikel von Véronique Muñoz-Dardé, in dem sie einige der Fragen behandelt, die bereits MacLeod aufgeworfen hat. In *Family, Choice and Distributive Justice* trifft sie eine sehr sachdienliche Aussage: Die einfache Existenz einer Familie ist so stark, dass sie selbst den Zugang des Einzelnen zu Chancengleichheit behindern kann. Das betrifft nicht nur materielle Verteilung; auch die moralische und psychologische Entwicklung des Kindes und seine Fähigkeit, eine Zukunft unter gleichen Umständen zu haben, sind betroffen.

Eine gerechte Gesellschaft muss jedoch Familie in gewisser Form enthalten. Wenn wir dem zustimmen, müssen wir uns aber bewusst machen, dass Individuen im Leben keine Chancengleichheit haben werden. Die Schlussfolgerung hieraus lautet, dass eine Theorie der Gerechtigkeit, sogar eine Rawlsche, nicht Chancengleichheit als oberstes Prinzip vor Familie haben kann. (S. 267-268).

Dieses Buch bietet eine gute Möglichkeit, die Themen bezüglich Kinderrechten (besonders die Debatte um Status, Wohlfahrts- oder Handlungsrechte von Kindern) zu vertiefen.

Besonders wird darauf hingewiesen, dass die Debatte um Kinderrechte in den letzten Jahren angewachsen ist.

Sollten heutige Jugendliche als Kleinkinder behandelt werden, wenn bekannt ist, dass sie über fast die gleichen Fähigkeiten und Wissensstände wie Erwachsene verfügen? Sollten wir die Idee der *Volljährigkeit* abschaffen, weil sie auf einem künstlichen und hauptsächlich historischen Kriterium basiert? Wiederum kommt die Frage nach der Er-

stellung einer ‚Graduierungsskala‘ auf.

Nach der Lektüre der Präambel der UN-Kinderrechtskonvention können wir sagen, dass das Übereinkommen in der Vision entstand, Kinder mit Wohlfahrtsrechten ohne Handlungsrechte auszustatten. Es wird gesagt, dass Kindern ‚der erforderliche Schutz und Beistand gewährt werden sollte, damit sie ihre Aufgaben innerhalb der Gemeinschaft voll erfüllen können, in der Erkenntnis, dass das Kind zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Familie und umgeben von Glück, Liebe und Verständnis aufwachsen sollte‘. Zudem wird gesagt, dass ein Kind umfassend auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft vorbereitet werden sollte. Es versteht sich von selbst, dass das Kind in diesem Vertrag nicht als vollständiges, moralisches Individuum betrachtet wird, sondern eher wie ein Mensch ‚im Bau‘. Dieses Aristotelische Konzept von Kindern – als etwas ähnlich einem ‚unfertigen Mensch‘ – ist noch immer die vorherrschende Theorie.

Heutzutage können wir ein wachsendes Interesse an der Idee beobachten, dass Kinder als fähige Individuen zu betrachten sind. Ein gutes Beispiel für diesen Wandel der Betrachtung ist der Antrag auf Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre aller Ratsländer.

Trotz der Tatsache, dass es bezüglich der liberalen Theorie und John Rawls‘ Werk erschöpfend oder wiederholend sein kann – und stellenweise nicht besonders innovativ – können wir dieses Buch mit Gewissheit als wichtige, provokante und aktuelle Literatur zum Thema empfehlen.

David Archard und Colin MacLeod (Hg.) (2003): The Moral and Political Status of Children. Oxford: Oxford University Press. 296 Seiten. ISBN 0199242682. Preis: £64.60 / \$65.